

**Schweizerische Volkspartei
(SVP)**

Jahresbericht

2011



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Erfolgsbilanz	4
1. Das Jahr 2011 im Rückblick	4
Frühlingsession 2011 (28. Februar - 18. März 2011).....	5
Sondersession 2011 (11. April – 14. April 2011)	9
Sommersession 2011 (30. Mai - 17. Juni 2011)	12
Herbstsession 2011 (12. September – 30. September 2011).....	20
Wintersession 2011 (5. Dezember – 23. Dezember 2011).....	26
2. SVP-Frauen Schweiz.....	29
3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	30
4. Vernehmlassungsantworten der SVP	31
5. Positionspapiere der SVP	34
6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen	35
7. Internet	36
II. PARTEIORGANE	37
1. Delegiertenversammlungen.....	37
2. Zentralvorstand.....	38
3. Leitender Ausschuss	42
4. Parteileitung.....	43
5. Generalsekretariat	44
6. Fraktion der Bundesversammlung.....	45
III. Eidgenössische Volksabstimmungen 2011	47
IV. Bundesratswahlen.....	48
V. Die SVP bei den eidg. Wahlen	49
VI. Die SVP in den Kantonsparlamenten	49
VII. Die SVP-Kantonalsektionen ONLINE	51

Vorwort

Das Wahljahr 2011 ist in Bezug auf das Hauptziel enttäuschend verlaufen. Bei den Wahlen vom 23. Oktober konnte die SVP ihren Besitzstand nicht halten. Es resultierte ein Rückgang des Wähleranteils von 2,3 % auf 26,6%. Die SVP ist damit zwar weiterhin mit Abstand wählerstärkste Partei, doch bereits die erste Session der Legislatur hat gezeigt, dass im Parlament in wichtigen Fragen eine Mitte-Links-Mehrheit den Ton angibt. So gelang es der SVP im Dezember nicht, einen zweiten Sitz in der Landesregierung zu erreichen.

Erfreulicher als die Wahlen verlief die Arbeit in verschiedenen Sachthemen. Im Sommer 2011 konnten die Unterschriftensammlungen zur Volkswahl des Bundesrates sowie zur Familieninitiative erfolgreich abgeschlossen werden. Auch für die Ende Juli 2011 lancierte Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ waren bis zum Jahresende bereits deutlich über 100'000 Unterschriften beisammen. Im Weiteren war das Jahr 2011 geprägt durch die Auseinandersetzung rund um die korrekte Umsetzung des von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsartikels in der Bundesversammlung. Durch äussere Ereignisse rückten zudem die Energiepolitik sowie die Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit der anhaltenden Frankenstärke als Folge der Schulden- und Finanzkrisen in Europa und den USA in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung.

Insgesamt 11 grössere Medienkonferenzen, zahlreiche „Points de Presse“ nach Sitzungen und Beschlüssen, 52 Vernehmlassungsantworten sowie über 200 Communiqués und Editorials zeugen von einer intensiven thematischen Arbeit. Auch die Partei- und Fraktionsgremien haben sich 2011 in einer besonders hohen Kadenz zusammgefunden. Bei der politischen Arbeit wird deutlich, dass die Freiheit und Unabhängigkeit, die Volksrechte und der Wohlstand immer stärker unter Druck geraten. Die SVP kämpft an all diesen Fronten für den Erhalt unserer einmaligen Errungenschaften und für eine lebenswerte und freie Schweiz. Dieser Kampf wird auch 2012 unvermindert weitergehen. Alle müssen dabei ihren Beitrag leisten.



Martin Baltisser
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2011 im Rückblick

JANUAR

7. und 8. Januar 2011: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Arbeitstagung in Horn (TG). Nationale Parlamentarier, Vertreter der SVP-Kantonalparteien sowie Regierungsräte und Richter haben sich gemeinsam mit geladenen Experten dem Thema „**Die Bedeutung der Freiheit**“ gewidmet. Nicht Freiheit, sondern zusätzliche Regulierung ist der Trend unserer Zeit. Die SVP wird als grösste Partei im Land in ihrer Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt, mit grossem Enthusiasmus werden die Raucher aus dem öffentlichen Leben verbannt, im Strassenverkehr werden die Freiheiten immer mehr beschränkt, selbst in der Erziehung nimmt der Staat immer mehr Einfluss auf die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.

Delegiertenversammlung in Emmenbrücke (LU) vom 15. Januar 2011 Freiheit und Eigenverantwortung

Im Zentrum der ersten Delegiertenversammlung im **Wahljahr 2011** stehen die **Grundwerte Freiheit und Eigenverantwortung**. Diese Werte werden immer mehr eingeschränkt, sei es zum Beispiel durch die Schengen-Politik des Bundesrates, oder bedroht durch die sicherheitsgefährdende **SP-Waffeninitiative**, über die die Schweiz am 13. Februar 2011 abstimmen wird.

Die SP-Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“ verlangt vom Bund, detaillierte Vorschriften für den Erwerb, den Besitz und das Tragen, den Gebrauch und das Überlassen von Waffen, Waffenzubehör und Munition zu erlassen. Armeewaffen sollen den Angehörigen der Armee nicht mehr nach Hause mitgegeben werden und Angehörige der Armee, die aus dem Dienst entlassen werden, dürfen ihre Armeewaffe nicht mehr kaufen. Die Zielsetzung der Initiative ist klar: Einmal mehr soll der verantwortliche Bürger entmündigt werden. Nicht die Waffen sind das Problem, sondern die Personen, welche die Waffen missbräuchlich verwenden, und die damit verbundene Kriminalität in der Schweiz.

Die Delegierten **fasten die NEIN-Parole geschlossen** mit einer Gegenstimme und ohne Enthaltung.

Point de Presse der SVP vom 16. Januar 2011 „Nationalrat Thomas Müller tritt der SVP bei“



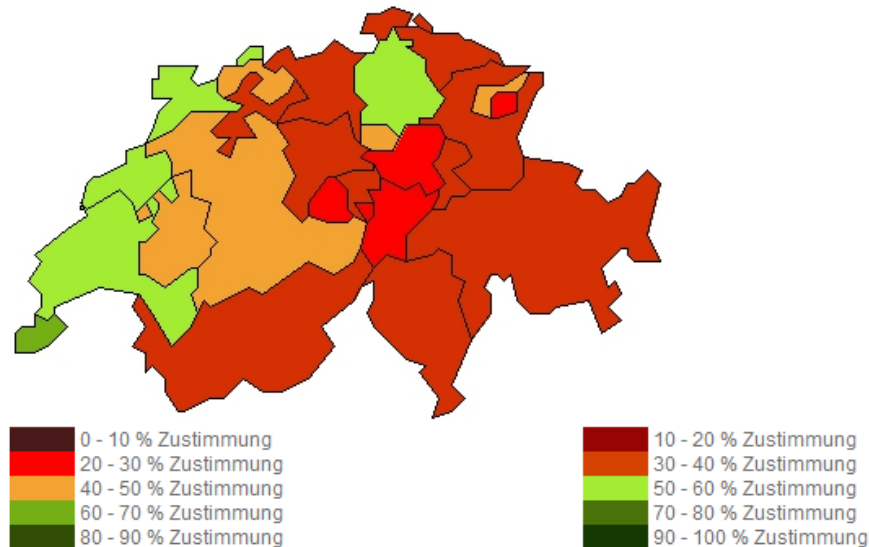
Nationalrat Thomas Müller (SG) und SVP-Parteipräsident Toni Brunner haben in Bern den Beitritt von Thomas Müller in die SVP bekannt gegeben. Thomas Müller ist überzeugt, sein Engagement für die Schweiz, für freiheitliche Rahmenbedingungen zugunsten der Schweizer Wirtschaft und für die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in der SVP optimal einbringen und umsetzen zu können. Die SVP freut sich über diese hochkarätige Verstärkung.

FEBRUAR

Eidgenössische Abstimmung vom 13. Februar 2011 Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“

Die Schweizer Stimmbürger haben diese Volksinitiative mit 56.3% zu 43.7% klar abgelehnt. Die Stände stimmten ebenfalls mit deutlicher Mehrheit dagegen.

Initiative "Für den Schutz vor Waffengewalt"



Im Kanton Bern wird die Nachfolge der ausgeschiedenen alt **Ständerätin** und neuen Bundesrätin Simonetta Sommaruga an der Urne bestimmt. Adrian Amstutz (SVP) liegt gegenüber seinen Konkurrenten Ursula Wyss (SP), Christa Markwalder (FDP) und Marc Jost (EVP) vorne, erreicht aber nicht das absolute Mehr.

Ebenfalls **wählte der Kanton Appenzell Ausserrhoden** seine Regierungsräte. Neu stellt die SVP mit Hans Diem den Regierungsratspräsident (Landammann). Er ist der erste SVP Landammann, bisher wurde dieser Posten immer von der FDP besetzt. Regierungsrat Köbi Frei schaffte seine Wiederwahl ebenfalls.

Presskonferenz der SVP vom 21. Februar 2011 Für eine produzierende Landwirtschaft

Die SVP wird ein wie auch immer geschnürtes Paket mit der EU, bei dem die Schweizer Landwirtschaft geopfert wird, mit einem Referendum bekämpfen. Der Bundesrat wird aufgefordert, gar nicht erst ein entsprechendes Verhandlungsmandat zu erteilen.

Die SVP machte an der Medienkonferenz unmissverständlich klar, dass sie ohne Wenn und Aber zur produzierenden Landwirtschaft steht. Deshalb bekämpft die SVP die vom Bundesrat vorgeschlagene Anpassung des Direktzahlungssystems. Der Ausstieg aus der Milchkontingentierung ist für die Mehrheit der Bauernfamilien ein reines Desaster. Die SVP fordert, dass die Schweizer Milchproduzenten (SMP) die Chance bekommen muss, die Verantwortung über die zu produzierende Menge übernehmen zu können.

Frühlingsession 2011 (28. Februar - 18. März 2011)

In der **ersten Sessionswoche** hat der Nationalrat als Zweitrat die Rahmenkredite für die Erhöhung der Entwicklungshilfe gutgeheissen und hat diese um 640 Mio. CHF aufgestockt. Bis 2015 soll die Entwicklungshilfe auf 0,5% des Bruttonationaleinkommens steigen. Zudem hat der Nationalrat auch die Kredite für die Rettungs-massnahmen des IWF gutgeheissen und folgt so dem Ständerat. Der Ständerat und der Nationalrat haben die Pa.Iv. „Ein Kind, eine Zulage“ nur knapp mit 22:20 Stimmen angenommen. Damit sollen Selbständigerwerbende auch Kinderzulagen erhalten und dafür Beiträge entrichten. Weiter hat der Ständerat, wie schon der Nationalrat, die Revision des UVG zurückgewiesen. Für eine Revision in diesem Umfang bestehe keine Notwendigkeit. In der Frage der Buchpreisbindung ist der Ständerat dem Nationalrat gefolgt und befindet, dass die verbindlichen Buchpreise wieder eingeführt werden sollten, und zwar auch im Internethandel. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen der 6. IV-Revision ausgeräumt. Ziel der Revision ist es, die defizitäre IV jährlich um etwa 500 Mio. CHF zu entlasten.

In der **zweiten Sessionswoche** hat der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP beschlossen, dass der Bund einen Beitrag von 1,148 Mrd. CHF an die Sanierung der SBB-Pensionskasse leisten soll. Der Ständerat hat als Zweitrat Änderungen des CO₂-Gesetzes zugestimmt, die als indirekter Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative dienen sollen. Bis 2015 sollen neu zugelassene Autos durchschnittlich nur noch 130 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen dürfen. Als indirekten Gegenentwurf zur Klimainitiative hat der Ständerat beschlossen, dass die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss bis 2020 um 20% senken soll, und zwar mit Massnahmen im Inland. So soll der Bundesrat nach dem Willen des Ständerates eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel einführen dürfen. Weiter will die kleine Kammer die Praxis bei der Integration von Ausländern vereinheitlichen. Anders als der Nationalrat will sie diese jedoch nicht zwingend in einem Integrationsrahmengesetz regeln, sondern im Ausländergesetz.

In der **dritten Sessionswoche** ist der Nationalrat in der Bahnreform 2 in weiten Teilen den Vorschlägen des Bundesrats gefolgt und hat die Reform mit 162:1 Stimmen gutgeheissen. Der Ständerat hat die Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“ des HEV abgelehnt, hat ihr jedoch einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber gestellt. Dieser sieht vor, die Besteuerung des Eigenmietwerts aufzuheben und gleichzeitig die Abzugsmöglichkeiten einzuschränken. Weiter hat der Ständerat als Erstrat einer Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes bis Ende 2014 sowie der Aufstockungsmöglichkeit des Kontingents zugestimmt. Im Nationalrat hat die von der SVP geforderte dringliche Debatte zur Situation in Nordafrika und den möglichen Flüchtlingsströmen stattgefunden. Weiter hat der Nationalrat um die Verteilung von 112 zusätzlichen Mio. CHF im NFA gerungen. Überraschend hat er dieses Geld vollumfänglich Kantonen mit grossen Städten zugesprochen. Der Ständerat hat es abgelehnt, das geltende Verbot für Rundstreckenrennen zu streichen. Im Nationalrat sind drei andere ähnliche Vorstösse hängig. Der Nationalrat hat die Volksinitiative „Sechs Wochen Ferien für alle“ zur Ablehnung empfohlen. Der Ständerat hat die Motion Aebi, die eine Rückkehr zur Milchkontingentierung verlangt, an seine WAK zurückgewiesen, ebenso eine Kommissionsmotion, welche auf eine verbindliche Segmentierung des Milchmarkts und eine rasche Beseitigung des Butterbergs setzt. Im Sinne der SVP wurde das erste Massnahmenpaket zur 6. IV-Revision verabschiedet.

Die SVP Schweiz hat anfangs Jahr mit zwei Inseraten auf die Missstände in der EU und der Mehrbelastung der Steuerzahler aufmerksam gemacht.

Das haben wir der Linken und den Mitte-Parteien zu verdanken:

4 Milliarden Franken zusätzliche Steuern, Abgaben und Gebühren seit Anfang Jahr!

- Seit dem 1. Januar 2011 werden der Bevölkerung sowie der Wirtschaft fast 4 Milliarden Franken zusätzlich aus der Tasche gezogen.¹
- Das macht pro Einwohner der Schweiz 450 Franken, oder pro vierköpfige Familie 1'800 Franken.
- Leidtragende sind insbesondere Familien und der Mittelstand.

Schuld daran sind die Linke und die Mitte-Parteien. Sie haben die höheren Steuern und Abgaben durchgesetzt. Nur die SVP hat als einzige Partei konsequent gegen diesen Raubzug auf das Portemonnaie der Bevölkerung gekämpft.²

¹ Erhöhung Mehrwertsteuer um 0,4% (1,1 Mia. Fr.), im Durchschnitt um 6,5% höhere Krankenkassenprämien (über 1,1 Mia. Fr.), Erhöhung Lohnabzüge für Mutterschaftsversicherung und EO um 0,2% (600 Mio. Fr.), Erhöhung Lohnabzüge für Arbeitslosenversicherung um 0,2% plus Solidaritätsprozent (620 Mio. Fr.).
² Die SVP hat die Mehrwertsteuererhöhung alleine gegen die anderen Parteien bekämpft. Sie war auch alleine gegen das Krankenversicherungsgesetz und hat eine Volksinitiative zur Prämienentlastung eingereicht. Der Gegenvorschlag dazu wurde ebenfalls abgelehnt. Die SVP hat die Mutterschaftsversicherung im Gegensatz zu den anderen Parteien abgelehnt. Bei der Arbeitslosenversicherung hat sie sich für eine rein ausgabenseitige Sanierung eingesetzt.

**Deshalb:
Schweizer wählen SVP –
für weniger Steuern,
Abgaben und Gebühren.**



SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch
Spenden Sie für eine freie, selbstbewusste und starke Schweiz! PC 30-8828-5. Danke für Ihre Unterstützung!

Das haben wir der Linken und den Mitte-Parteien zu verdanken:

Die Schweiz auf dem Weg der bankrotten EURO-Staaten

- **26'000'000'000 Franken** Verlust hat die Schweizerische Nationalbank mit sinnlosen Devisenspekulationen eingefahren!
- **16'500'000'000 Franken** sollen zur Rettung bankrotter EU-Staaten eingesetzt werden, damit deutsche und französische Banken kein Geld verlieren.¹
- auf Druck der SP soll auch die Entwicklungshilfe um zusätzlich **640'000'000 Franken** aufgestockt werden.

Die SVP gibt als einzige Partei Gegensteuer.

¹ Die Schweiz soll an den sogenannten Neuen Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds zur Euro-Rettung ein Risiko von über 2'000 Franken pro Einwohner tragen. Deutschland ist mit rund 500 Franken beteiligt, Frankreich mit 450 Franken, die USA sogar nur mit 350 Franken!

**Deshalb:
Schweizer wählen SVP – für einen
gesunden Staatshaushalt – gegen höhere
Steuern, Abgaben und Gebühren.**



SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch
Spenden Sie für eine freie, selbstbewusste und starke Schweiz! PC 30-8828-5. Danke für Ihre Unterstützung!

MÄRZ

3. März 2011: Stichwahl Ständerat Kanton Bern

SVP-Kandidat Adrian Amstutz hat die Stichwahl um den Berner Ständeratssitz gewonnen. Er holte 163'537 Stimmen, Ursula Wyss (SP) kam auf 159'900. Christa Markwalder (FDP) und Marc Jost (EVP) zogen ihre Kandidaturen zurück. Die FDP wie auch die BDP gaben Stimmfreigabe.



13. März 2011:

Kommunalwahlen im Kanton Waadt:

Die Zahl der SVP-Sitze in den kommunalen Parlamenten kann von 176 auf 280 erhöht werden. In der Stadt Lausanne verfügt die SVP z.B. neu über 14 Sitze (gegenüber bisher 8 Sitzen).

Kommunalwahlen in Genf:

Die SVP kann ihre Präsenz in den kommunalen Parlamenten gegenüber 2007 von 7 auf 11 Gemeinden erhöhen. Insgesamt resultieren 5 Sitzgewinne.

20. März 2011:

Gemeindewahlen im Kanton Freiburg:

Die Wahlen im Kanton Freiburg können nicht sämtliche Erwartungen erfüllen, die SVP kann aber in den verschiedenen Gemeindelegislativen einen Sitzzuwachs verzeichnen. In den vier grössten Städten Freiburg, Bulle, Murten und Romont legt sie 5 Sitze zu und kommt neu auf 31 Mandate (vorher 26). Die SVP des Kantons Freiburg kann zudem ihre Sitzzahl in mehreren Exekutivbehörden – so etwa in Marly – ausbauen.

26. März 2011: Delegiertenversammlung 2011 in Lugano (TI)

Wie der Bundesrat und die anderen Parteien die Schweiz in die EU treiben – darum wählen Schweizer SVP

Die widersprüchlichen Aussagen des Bundesrates zu allfälligen Verhandlungen über ein Paket „Bilaterale III“ verlangen nach einer raschen Klärung. Ebenso ist das immer noch hängige EU-Beitritts-gesuch in Brüssel endlich zurückzuziehen. Für die SVP ist klar, dass jene Parteien, die einen Rückzug des Gesuchs ablehnen, einen EU-Beitritt der Schweiz wollen - auch wenn sie dies mit heuchlerischen Verlautbarungen abstreiten.

Die Delegierten haben an der Delegiertenversammlung eine Resolution zur Europapolitik zuhanden von Bundespräsidentin Calmy-Rey einstimmig angenommen.

27. März 2011:

Landratswahlen im Kanton Basel-Landschaft

Die SVP kann bei den Landratswahlen im Kanton Basel-Landschaft einen historischen Wahlsieg verbuchen. Erstmals in der Geschichte ist die SVP stärkste Kraft im Baselbieter Landrat. Im Gegensatz dazu haben alle anderen grossen Parteien Sitze eingebüsst. Die SVP gewinnt +3 Sitze verbuchen, während die anderen Parteien stagnieren oder, im Falle von FDP und CVP, massiv einbrechen. Die SVP kann bei den Wahlen total 24 Sitze verbuchen (+3 Sitze gegenüber 2007), die SP 21 Sitze (-1), die FDP kommt noch auf 14 Sitze (-6), die Grünen auf 12 (+1) und die CVP auf 8 Sitze (-3).

APRIL

3. April 2011:

Kantonale Wahlen im Kanton Zürich

In Zürich hält die SVP ihren Wähleranteil bei kantonalen Wahlen seit über einem Jahrzehnt stabil bei rund 30 Prozent. Dieselbe Stabilität kann sie auch bei Regierungswahlen vorweisen und ist für die kommenden Legislatur wieder mit Ernst Stocker und Markus Kägi in der Zürcher Regierung vertreten. Im Kantonsparlament verfügt die SVP neu über 54 Sitze, dies sind 2 weniger im Vergleich zu 2007.

Pressekonferenz der SVP vom 7. April 2011

Ständeratswahlen sind Richtungswahlen

Der Ständerat war früher ein bürgerlich geprägtes Bollwerk der Stabilität. In den letzten Jahren ist der Ständerat jedoch stark europhil und heimatmüde geworden. Die SVP hat sich zum Ziel gesetzt, aufzuzeigen, wofür der Ständerat steht. Dazu braucht es zuerst einmal die nötige Transparenz über die Haltungen und das Stimmverhalten der Standesvertreter in Bern. Die SVP strebt zudem mittelfristig eine ihrer

Stärke entsprechende Vertretung im Ständerat an und wird deshalb bereits bei den Wahlen 2011 in möglichst vielen Kantonen mit eigenen, profilierten Persönlichkeiten antreten und eine nationale, themenorientierte Ständeratskampagne führen.

10. April 2011: Bei den **Kantonsratswahlen im Kanton Luzern** gehört die SVP ebenfalls zu den Gewinnern– sie kann neu 27 Sitze verbuchen, das sind 4 mehr im Vergleich zum Jahr 2007. Somit wird die SVP nach der CVP die zweitstärkste Kraft. Bei den Regierungswahlen muss der SVP-Kandidat Urs Dickerhof in den zweiten Wahlgang.

10. April 2011: Bei den **Wahlen im Kanton Tessin** erfolgt ein Rechtsrutsch. Dank einer Verbindung mit der SVP siegt die Lega, sie legt auch bei den Grossratswahlen stark zu. Sie ist stärkste Partei und hat nun zwei Staatsräte, einer davon ist das bisherige SVP-Fraktionsmitglied im Nationalrat, Norman Gobbi. Die SVP behält 5 Sitze im kantonalen Parlament.

Sondersession 2011 (11. April – 14. April 2011)

In der viertägigen Sondersession des Nationalrates ist eine Motion gutgeheissen worden, welche die Kindersitzpflicht für Taxis lockern will. Die Anträge der Linken, an der Unternehmenssteuerreform II Änderungen vorzunehmen, sind abgelehnt worden. Entgegen dem Willen der SVP hat der Nationalrat als Erstrat das neue Präventionsgesetz angenommen. Indem er die Motionen von Peter Föhn (SVP) verworfen hat, belässt der Nationalrat Abtreibungen und Geschlechtsumwandlungen im Katalog der obligatorischen Grundversicherung. Entgegen dem Willen der SVP hat der Nationalrat zehn Doppelbesteuerungsabkommen ratifiziert, die eine erweiterte Interpretation der OECD-Amtshilfeklausel enthalten. Im Sinne der SVP hat der Nationalrat entschieden, dass Volksinitiativen nicht vor Beginn der Unterschriftensammlung von einer richterlichen Instanz für ungültig erklärt werden können, was eine Pa.Iv. aus den Reihen der FDP gefordert hatte. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Motion von Christoffel Brändli (SVP) zugestimmt, wonach der Bundesrat Massnahmen vorschlagen soll, um die Zuwanderung „in geordnete Bahnen zu lenken“. Nach dem Ständerat hat es auch der Nationalrat abgelehnt, die Pauschalbesteuerung abzuschaffen, indem er eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen und einen SP-Vorstoss ablehnt. Die Eidgenossenschaft stellt den Bauern in den Jahren 2012 und 2013 6,85 Mrd. CHF zur Verfügung. Der Nationalrat hat beim Zahlungsrahmen zugunsten der Landwirtschaft die letzte Differenz ausgeräumt. Weiter hat er eine Motion angenommen, welche die Dauer des Zivildienstes im Vergleich zum Militärdienst vom Faktor 1,5 auf 1,8 erhöhen will. Eine Motion der SVP, die den Bundesrat beauftragen wollte, die Interessen des Schweizer Finanzplatzes zu verteidigen und bei der OECD auf das Einstimmigkeitsprinzip bei der Erstellung von „schwarzen Listen“ zu pochen, ist abgelehnt worden.

Pressekonferenz der SVP vom 19. Mai 2011**Volksrechte und Rechtsstaat in Gefahr**

Die SVP wendet sich entschieden gegen die zunehmende Aushebelung der direkten Demokratie. So lehnt sie insbesondere die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit entschieden ab. Die Verfassungsgerichtsbarkeit würde zu einer verstärkten Politisierung der Justiz führen und Kompetenzen vom Stimmbürger und dem Parlament an Gerichte verlagern. Letztlich werden damit die Volksrechte geschwächt. Eine solche Aufweichung der Volksrechte kann nicht hingenommen werden.

Pressekonferenz der SVP vom 23. Mai 2011**Zuwanderung begrenzen - mit der Zuwanderungsinitiative der SVP**

Die Schweiz hat die Kontrolle über die Zuwanderung verloren. Immer mehr Menschen strömen in unser Land, ohne dass noch wirkungsvolle Instrumente zur Steuerung und zur Begrenzung der Einwanderung existieren. Hauptgrund dafür sind die Personenfreizügigkeit mit der EU, die offenen Grenzen und verschleppte Probleme im Asylwesen. Die negativen Folgen der ungebremsten Zuwanderung werden immer offensichtlicher. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Schweiz die Steuerbarkeit über die Zuwanderung zurückgewinnt und den Zustrom von Einwanderern wieder begrenzen kann. Deshalb schlägt die SVP-Parteileitung der Delegiertenversammlung die Lancierung einer „Begrenzungsinitiative“ vor.

28. Mai 2011: Kaderrapport der SVP auf dem Rütli

Die SVP-Parteispitze hat das Kader der SVP auf das Rütli einberufen. Das Rütli ist für alle Schweizerinnen und Schweizer mit der Gründungsgeschichte der Schweiz verbunden. Es ist der geschichtsträchtige Ort, an dem wir dem Bund der Eidgenossen von 1291 gedenken. Diese kleine Wiese hat eine grosse Botschaft: Wir wollen frei über unsere Geschicke bestimmen. Freiheit heisst Selbstbestimmung. Dafür sind unsere Vorfahren eingestanden: Mit ihrem Mut und notfalls auch mit ihrem Leben. Die SVP Waldstätter-Kantone verpflichten sich in der Rütli-Erklärung 2011, im Falle eines EU-Beitrittes der Schweiz die Eidgenossenschaft neu zu bilden.

Rütli-Erklärung 2011

Das Rütli steht für den Freiheitswillen der Schweiz. Diese kleine Wiese hat eine grosse Botschaft: Wir wollen selber über unsere Geschicke bestimmen. Wir wollen keine fremden Richter und keine weltfremden Völkerrechtler. Freiheit heisst Selbstbestimmung. Dafür sind unsere Vorfahren eingestanden: Mit ihrem Mut und notfalls auch mit ihrem Leben.

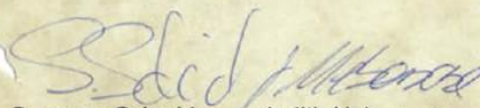
Das Rütli steht für die Freiheit, Nein zu sagen, wo es nötig ist. Die Geschichte gibt uns recht. Die Schweiz ist stark geworden, weil sie sich von unten nach oben organisiert. Daraus hat sich eine einzigartige Demokratie entwickelt. Bei uns ist der Bürger der Souverän. Der Volkswillen gilt – und nicht die Wünsche und Begehrlichkeiten von Politikern, Beamten und Funktionären.

Die Europäische Union ist das Gegenteil vom Prinzip Rütli. Ob Maastricht-Vertrag, Einführung des Euro, Personenfreizügigkeit, Schengen-Abkommen, Osterweiterung oder EU-Verfassung: Die Eurokraten diktieren, und die Menschen haben zu parieren. Die EU ist gegen die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger gerichtet. Oben gegen unten.

Trotzdem wird in der Schweiz auf einen schleichenden Beitritt in die EU hingearbeitet. Wir Schweizerinnen und Schweizer müssen uns auf den äussersten Fall vorbereiten: Wenn die Schweiz ihre Souveränität aufgibt, braucht es einen neuen Rütli-Bund. Eine Schweiz in der EU ist keine Schweiz mehr.

Das Rütli zeigt: Die Schweiz ist aus sich selbst heraus entstanden. So wie sich die Urkantone aus dem habsburgischen Grossreich gelöst haben, verpflichten sich die Waldstätter SVP-Kantonalparteien im Falle eines EU-Beitritts zur Bildung einer neuen Eidgenossenschaft. Die SVP Schweiz klärt die dafür nötigen Mittel und Wege. Die alten Eidgenossen mussten ihre Freiheit gegen eine vermeintliche Übermacht erretzen. Wir jungen Eidgenossen werden es ihnen gleich tun.

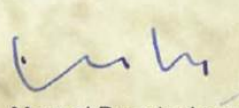
Auf dem Rütli, 27. Mai 2011



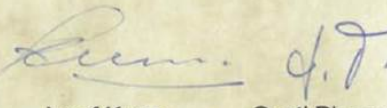
Susanne Schmid
SVP Obwalden



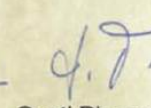
Judith Uebersax
SVP Schwyz



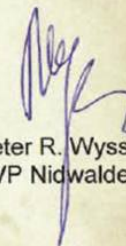
Manuel Brandenburg
SVP Zug



Josef Kunz
SVP Luzern



Gusti Planzer
SVP Uri



Peter R. Wyss
SVP Nidwalden

Delegiertenversammlung 2011 in Einsiedeln (SZ) vom 28. Mai Die Zuwanderung in die Schweiz ist zu begrenzen!

Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit und der Öffnung der Grenzen hat die Schweiz die Kontrolle über die Zuwanderung aufgegeben. Es gibt kaum ein Land auf der Welt, in dem so viele Ausländer im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung leben wie in der Schweiz. Die Folgen auf Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Energieverbrauch, Schulen, Gesundheitswesen und Sozialwerke sind gravierend. Eine massvolle Zuwanderung kann während einer gewissen Zeit und in einer bestimmten Grössenordnung sinnvoll sein, um insbesondere für die Wirtschaft genügend Arbeitskräfte zu rekrutieren. Aus diesem Grund schlägt die SVP-Parteileitung der Delegiertenversammlung die Lancierung einer „Begrenzungsinitiative“ vor. Die Delegierten haben mit 420 Stimmen einstimmig der Lancierung einer Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung zugestimmt. „Bi dä Lüt“ Präsenz zeigen



mit dem neuen SVP-Stand.

Sommersession 2011 (30. Mai - 17. Juni 2011)

Zum Sessionsauftakt sind Corrado Pardini (SP/BE), Thomas Fuchs (SVP/BE) und Lorenzo Quadri (Lega/TI) als Nationalräte vereidigt worden. Quadri tritt der SVP-Fraktion bei. Im Ständerat ist Adrian Amstutz (SVP/BE) vereidigt worden. Der Ständerat hat den indirekten Gegenvorschlag zu zwei Bauspar-Initiativen angenommen. National- und Ständerat sind aufgrund der guten Bundesfinanzen nicht auf das Konsolidierungsprogramm eingetreten. An der Aufgabenüberprüfung ist jedoch festgehalten worden. Der Nationalrat hat sich für die Wiederzulassung von Rundstreckenrennen in der Schweiz ausgesprochen. Der Ständerat hat Änderungen des Gesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) einstimmig gutgeheissen. Der Nationalrat hat am Mittwoch die Abzocker-Initiative und einen möglichen Gegenvorschlag beraten. Anders als der Ständerat wollte der Nationalrat keine Bonussteuer. Der Ständerat will den Kauf von 22 Kampffjets beschleunigen und hat eine grössere und teurere Armee gefordert, als der Bundesrat vorgeschlagen hat. Nach dem National- hat auch der Ständerat Nein zur Offroader-Initiative gesagt. Auch die Franz-Weber-Initiative „gegen den ausufernden Bau von Zweitwohnungen“ hat er zur Ablehnung empfohlen.

In der **zweiten Sessionswoche** hat der Nationalrat das Rüstungsprogramm 2011 im Umfang von 430 Mio. CHF als Erstrat gutgeheissen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP einer Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes bis Ende 2014 zugestimmt und der Aufstockung der Truppe grünes Licht gegeben. Als Zweitrat hat auch der Ständerat Änderungen des StGB

zum Verbot von Genitalverstümmelungen von Frauen und Mädchen gutgeheissen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“ zur Ablehnung empfohlen. Der Nationalrat hat am Mittwoch die Debatte zur a.o. Session Kernenergie und erneuerbare Energien geführt. Ein Ordnungsantrag der SVP um Verschiebung der Abstimmung über den Ausstieg aus der Kernenergie ist abgelehnt worden. Wie der Bundesrat hat auch der Nationalrat einen mittelfristigen Ausstieg gewünscht. Der Nationalrat hat am Donnerstag die von der SVP einberufene a.o. Session zur „Europapolitik und Bilaterale III“ durchgeführt. Dabei ist der von der SVP-Fraktion in einer Motion geforderte Rückzug des EU-Beitrittgesuchs mit 109:74 Stimmen abgelehnt worden. Auch Vorstösse zur Abschaffung oder zu einem Moratorium des Cassis-de-Dijon-Prinzips sowie für Neuverhandlungen von Schengen sind abgelehnt worden. Angenommen wurde eine Motion von Rudolf Joder (SVP/BE) zum Abbruch der Verhandlungen über das Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Der Ständerat hat am Donnerstag die a.o. Session zur Unternehmenssteuerreform II durchgeführt, welche im Nationalrat in der Sondersession stattfand. Trotz Kritik gegenüber dem Bundesrat hat auch der Ständerat nicht auf die Abstimmung zurückkommen wollen. Weiter hat der Ständerat als Erstrat die Staatsrechnung 2010 sowie die Nachtragskredite 2011 von 217 Mio. CHF genehmigt.

In der **dritten Sessionswoche** hat der Nationalrat beschlossen, die Bildung, Forschung und Innovation (BFI) im nächsten Jahr mit 5,3 Mrd. CHF zu fördern. Das sind 114 Mio. CHF mehr, als der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Die Vereinigte Bundesversammlung hat am Mittwoch auf Antrag der SVP Erwin Beyeler als Bundesanwalt nicht wiedergewählt. Auch bei der Wahl eines Bundesverwaltungsrichters hat sich die SVP mit der Wahl von Yanick Felley durchzusetzen vermögen. Der Nationalrat hat beschlossen, im Sinne der SVP die Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“ zur Annahme zu empfehlen. Bundesrat und Ständerat hatten die Volksinitiative abgelehnt. Weiter hat der Nationalrat die Staatsrechnung 2010 als Zweitrat genehmigt. Der Nationalrat hat das neue Hochschulförderungsgesetz angenommen. Der Ständerat hat als Erstrat das Massnahmenpaket Via Sicura beraten. In der „Too big to fail“-Vorlage ist der Ständerat dem Bundesrat gefolgt. In den Schlussabstimmungen ist der indirekte Gegenvorschlag zu den zwei Bausparinitiativen gescheitert. Angenommen wurden unter anderem das Sportförderungsgesetz, das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz, das die Schutzraumpflicht aufweicht, aber nicht abschafft, sowie das Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige, mit dem garantiert wird, dass auch in Zukunft Identitätskarten ohne Biometrie-Chip ausgestellt werden können. Ausserdem sind verschiedene Doppelbesteuerungsabkommen, in welchen die Schweiz die Amtshilfe in Steuersachen auf Fälle von schwerer Steuerhinterziehung ausdehnt, entgegen dem Willen der SVP verabschiedet worden.

JUNI

28. Juni 2011: Sollen 85% der ausländischen Kriminellen nicht ausgeschafft werden? Die SVP ergreift Gegenmassnahmen

Die SVP nimmt den Schlussbericht der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative mit Entsetzen zur Kenntnis. Der Vorschlag der Mehrheit der Arbeitsgruppe ist unhaltbar: Er würde den untauglichen Gegenentwurf umsetzen, nicht aber die von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative. Indem die Arbeitsgruppe Mindeststrafen als Voraussetzung für die Ausschaffung definiert, müssten 85% der kriminellen Ausländer das Land nicht verlassen. Es kann nicht sein, dass der Volkswille in so krasser Weise missachtet wird. Die SVP nimmt dies nicht hin und fordert den Bundesrat eindringlich auf, die Volksinitiative korrekt umzusetzen. Die SVP wird dem Bundesrat im Verlauf des Sommers einen Zusatzbericht vorlegen und ihre Sicht der Dinge unterbreiten.

JULI

7. Juli 2011: Einreichung Volkswahl des Bundesrates

Die SVP hat die eidgenössische Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“ mit 110'291 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Die Initiative fordert, dass neu das Volk und nicht mehr das Parlament den Bundesrat wählen kann. Dieses System entspricht dem bewährten Wahlprozedere für die Regierungen in allen Kantonen. Die SVP setzt sich mit diesem Anliegen aktiv für den Ausbau der Volksrechte ein und widersetzt sich den Ränkespielen bei den Bundesratswahlen durch das Parlament. Mit der eingereichten Volksinitiative bekommt der Souverän nach 1900 und 1942 zum dritten Mal Gelegenheit, über die Volkswahl des Bundesrates an der Urne abzustimmen.



Pressekonferenz der SVP vom 8. Juli 2011

SVP setzt Ausschaffungsartikel in der Bundesverfassung durch

Nach der Analyse des Schlussberichts der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Ausschaffungsartikels in der Bundesverfassung ist für die SVP klar, dass die Mehrheit der von Bundesrätin Sommaruga eingesetzten Arbeitsgruppe nie die Absicht hatte, die Ausschaffungsinitiative korrekt umzusetzen. Dieses Ergebnis wurde schon durch die einseitige Zusammensetzung der Arbeitsgruppe vorgespürt. Die Vorschläge der Arbeitsgruppenmehrheit widersprechen in krasser Weise dem Volkswillen. Die SVP setzt alles daran, dass der Wille von Volk und Ständen dennoch umgesetzt wird. Die Parteileitung hat deshalb beschlossen, die Einreichung einer neuen Volksinitiative vorzubereiten, die eine korrekte Umsetzung direkt in der Bundesverfassung festschreibt. Falls sich auch der Bundesrat der Umsetzung des Ausschaffungsartikels verweigert, soll die neue Initiative 2012 lanciert werden.

12. Juli 2011: Einreichung Familieninitiative

Die SVP hat die eidgenössische Volksinitiative für die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern („Familieninitiative“) mit 113'001 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Damit setzt sich die Partei klar für die Stärkung der Familien in der Schweiz ein. Dank der von der SVP lancierten Initiative sollen alle Familien in gleichem Ausmass von Steuern entlastet werden, egal ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder in fremde Obhut geben.



**Pressekonferenz der SVP vom 14. Juli 2011
SVP für die Wahlen in 101 Tagen gerüstet**

Die SVP hat an einer Medienkonferenz eine Vorschau auf den Endspurt der Vorwahlzeit gemacht. Verglichen mit 2007 tritt die SVP gestärkt an. Sie konnte seit 2007 über 10'000 neue Mitglieder begrüßen und 110 neue Sektionen, insbesondere in der Westschweiz, gründen. Die SVP tritt insgesamt mit mindestens 358 Kandidaten auf 41 Listen in 22 Kantonen an. Wahlziel ist die Konsolidierung des Erfolges von 2007, um im Parlament gestärkt gegen den EU-Beitritt, gegen die Masseneinwanderung und für die Ausschaffung krimineller Ausländer zu kämpfen.



Pressekonferenz der SVP vom 25. Juli 2011

SVP lanciert Volksinitiative gegen Masseneinwanderung

Die SVP lanciert die angekündigte Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“. Mit der Initiative soll die eigenständige Steuerung über die Zuwanderung zurückgewonnen werden, nachdem die Schweiz die Kontrolle über die Zuwanderung verloren hat. Immer mehr Menschen strömen in unser Land, mit gravierenden Folgen für Volkswirtschaft und Gesellschaft. Hauptgründe für diese Entwicklung sind insbesondere die Einwanderung aus der EU, die offenen Grenzen und verschleppte Probleme im Asylwesen. Die Masseneinwanderung ist zu stoppen. Die Initiative der SVP schafft die Grundlagen dazu, indem der Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente für alle Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens begrenzt werden soll.



AUGUST

Versand Unterschriftenbogen der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung:



Ebnat-Kappel, 1. August 2011

Liebe Schweizerinnen und Schweizer, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Am 1. August feiern wir den Geburtstag unseres Landes. Der Rütli-Schwur der Eidgenossen steht für den Willen zur Unabhängigkeit. Die Schweiz steht europa- und weltweit gut da – trotz Euro- und Finanzkrise. Warum? Weil wir ein selbstständiges und unabhängiges Land geblieben sind, das seine Politik selber bestimmen kann. Wir können zu Recht stolz auf Errungenschaften wie die direkte Demokratie und die Volksrechte sein.

In einem wichtigen Punkt haben wir aber unsere Selbstständigkeit und die Kontrolle verloren: Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren schrittweise die Selbstbestimmung über die Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern aufgegeben. Die Folgen sehen und spüren wir jeden Tag: Die Strassen und öffentlichen Verkehrsmittel sind verstopft. Wohnungen sind immer schwerer zu erhalten und wenn, dann oftmals nur zu enormen Mietkosten. Viele Schweizerinnen und Schweizer können sich solche Mietpreise kaum noch leisten. Und auf dem Arbeitsmarkt findet ein immer härter werdender Verdrängungskampf statt: Zuwanderer aus der EU verdrängen in verschiedenen Branchen Arbeitnehmer aus anderen Staaten. Diese belasten dann unser Sozialsystem. Ausländerkriminalität und Asylmissbrauch sind an der Tagesordnung.

Seit einigen Jahren erleben wir eine Masseneinwanderung in unser Land. Speziell die Einwanderung aus der EU ist für die Schweiz nicht mehr kontrollierbar. Diese Situation wird durch einen zu einfachen Familiennachzug aus Drittstaaten, zahlreiche illegale Aufenthalter und verschleppte Probleme im Asylwesen weiter verschärft. Mittlerweile bestreitet kaum mehr jemand, dass vor diesem Hintergrund Handlungsbedarf besteht. Doch fehlen heute weitgehend die Instrumente zur Steuerung der Einwanderung. Mit der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung können wir die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land stoppen und wieder selbst bestimmen, wer in die Schweiz kommen soll und wer nicht.

Unterschreiben Sie deshalb den beiliegenden Unterschriftenbogen, trennen Sie ihn ab und schicken Sie ihn kostenlos per Post zurück, damit unser Land auch in Zukunft lebenswert bleibt.

Toni Brunner
Präsident Schweizerische Volkspartei (SVP)

PS: Unterstützen Sie unsere Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» mit einer Spende auf das **PC 60-167674-9**. Vielen Dank!

Pressekonferenz der SVP vom 23. August 2011

SVP fordert Revitalisierungsprogramm zugunsten von Wirtschaft und Bürgern – Subventionspaket für einzelne Unternehmen wird abgelehnt

Wirtschaftsvertreter der SVP haben die Forderung nach einem Revitalisierungsprogramm zugunsten von Wirtschaft und Bürgern bekräftigt. Das Programm verfolgt das Ziel, die staatlichen Rahmenbedingungen zu optimieren, die Produktionskosten für Unternehmen zu senken und die Standortattraktivität zu verbessern, um auf diese Weise Wettbewerbsnachteile aufgrund des starken Frankens zu kompensieren. Zudem sollen die privaten Haushalte entlastet werden.

27. August 2011: Vertrag mit dem Volk

Am Parteitag der SVP Schweiz in Zürich haben über 200 National- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten den Vertrag mit dem Volk der SVP unterschrieben. In diesem Vertrag verpflichten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Schweizerischen Volkspartei gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten.
- Wir wollen die Masseneinwanderung stoppen.
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen.



SEPTEMBER

10. September 2011: SVP-Familienfest 6'000 stehen auf dem Bundesplatz für die Schweiz ein

6'000 Mitglieder und Sympathisanten der SVP aus der ganzen Schweiz sind mit über 60 Reiscars, Zügen, Postautos und Privatautos nach Bern ans SVP-Familienfest gereist. Darunter zahlreiche Kinder, über 250 Treichler, einige Alphornbläser und viele Fahnen- und Trachtenträger. Die SVP-Exponenten thematisierten und kritisierten in ihren Referaten die Politik des Anpassertums gegenüber der EU, die Arbeitsverweigerung des Bundesrates bei der Umsetzung des Volkswillens und die ungelösten Probleme in der Ausländer- und Asylpolitik.



17. September 2011: Motorrad-Landsgemeinde „Freiheit statt Schikanen“

Die „erste Motorrad-Landsgemeinde“ auf dem Raten in Oberägeri, organisiert vom Komitee „Freiheit statt Schikanen“ und der SVP Schweiz, hat Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer in grossen Scharen angelockt. Umrahmt von Country- und Rockmusik forderten alt Bundesrat Christoph Blocher sowie die Nationalräte Walter Wobmann und Hans Fehr „mehr Freiheit statt Schikanen“ für die mehreren hunderttausend Motorradfahrer in der Schweiz. Die Landsgemeinde verabschiedete eine Resolution mit konkreten Forderungen, welche die SVP im Parlament durchsetzen will.



Pressekonferenz der SVP vom 26. September 2011 Chaos im Asylwesen – jetzt handeln!

Im Asylbereich und im Bundesamt für Migration (BFM) herrscht Chaos. Die zuständige Bundesrätin Sommaruga verspricht einmal mehr, diese Missstände anzugehen. Doch bewirken beispielsweise die in der vergangenen Woche angekündigten Massnahmen genau das Gegenteil. Ein weiterer Ausbau des Rechtsschutzes, gratis Gesundheitscheck und die Ankündigung, die Umsetzung der nötigen Asylgesetz-Revision werde erst in 5-6 Jahren erfolgen, senden verhängnisvolle Signale aus, die Migranten förmlich dazu einladen, über die Asylschiene in die Schweiz zu gelangen. Nach der gänzlich missratenen Reorganisation des BFM durch Bundesrätin Widmer-Schlumpf und dem dadurch provozierten massiven Know-How-Verlust, folgt nun also eine weitere Ankündigungsrunde, die wirkungslos, wenn nicht gar schädlich für die Missbrauchsbekämpfung im Asylwesen sein wird. Daher fordert die SVP: Nun muss endlich gehandelt werden - leere Versprechungen haben wir genug gehört! An der Pressekonferenz hat die Partei ein Forderungspaket und mehrere parlamentarischer Vorstösse vorgestellt, die sie einreichen wird.

Herbstsession 2011 (12. September – 30. September 2011)

In der **ersten Sessionswoche** hat der Ständerat im Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative an der Bonussteuer festgehalten. Der Nationalrat hat das CO₂-Gesetz beraten und hat sich dafür ausgesprochen, dass Gaskombikraftwerke bis zu 50% ihrer CO₂-Emissionen im Ausland kompensieren dürfen. National- und Ständerat haben

sich auf die Ergänzung des Strafgesetzbuchs um einen neuen Artikel gegen Genitalverstümmelung geeinigt. Der Ständerat hat das bundesrätliche Hilfspaket zur Linderung der negativen Auswirkungen der Frankenstärke im Umfang von rund 870 Mio. CHF entgegen dem Willen der SVP genehmigt. Gegen den Widerstand des Bundesrats hat der Nationalrat dem Stimmvolk die beiden Bauspar-Initiativen zur Annahme empfohlen. Die Vorlage geht nun wieder zurück in den Ständerat. Der Ständerat hat sich am Donnerstag oppositionslos für die Ratifikation des internationalen Übereinkommens über das Verbot von Streumunition ausgesprochen.

In der **zweiten Sessionswoche** hat der Nationalrat im Rahmen einer von den Linken einberufenen a.o. Session über die „wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung“ diskutiert. Der Ständerat hat die Mittel für Programme zur Standortförderung auf insgesamt 360 Mio. CHF für die Jahre 2012 bis 2015 erhöht. Das sind 44 Mio. mehr als der Bundesrat einsetzen wollte und 24 Mio. mehr als der Nationalrat vorsah. Gegen den Willen der SVP ist der Nationalrat auf das Massnahmenpaket des Bundesrates gegen den starken Franken eingetreten. Der Ständerat hat sich gegen die AUNS-Initiative „Staatsverträge vors Volk“ und gegen den Gegenvorschlag ausgesprochen. Weiter hat der Ständerat einer Motion für eine erweiterte Vorprüfung von Volksbegehren zugestimmt. Der Ständerat hat den Entscheid über eine Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA im Sinne der SVP verschoben, bis in den Verhandlungen mit den USA „substanzielle Ergebnisse“ vorliegen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat den Antrag der Einigungskonferenz zum Managed-Care angenommen. In der Standortförderung hat der Nationalrat dem Ständerat zugestimmt und erhöht die Mittel. Der Ständerat hat drei Pa.Iv. für eine Aufhebung des Rundstrecken-Verbots sowie eine Motion zur Lockerung der Kindersitzvorschrift für Taxis abgelehnt. Eine Motion von Erich von Siebenthal (SVP), die fordert, dass die Schweiz in Sachen Partikelfilter für land- und forstwirtschaftliche Maschinen keine strengeren Regeln erlassen solle als die EU, ist hingegen überwiesen worden.

In der **dritten Sessionswoche** hat der Ständerat gegen den Willen des Bundesrats und der SVP eine Motion unterstützt, die eine Offenlegungspflicht der Finanzierung von Abstimmungskampagnen gesetzlich verankern will. Die Vereinigte Bundesversammlung hat Michael Lauber zum neuen Bundesanwalt für die Amtsperiode 2012-2015 gewählt. Ins Bundesgericht sind Felix Schöbi (BDP) und François Chaix (FDP), ins Bundesverwaltungsgericht ist Daniel Stufetti (SVP) gewählt worden. Der Nationalrat ist entgegen dem Willen der SVP im Namens- und Bürgerrecht vollumfänglich den Beschlüssen des Ständerats gefolgt. An der von der SVP einberufenen a.o. Session zur Migrationspolitik sind im Nationalrat die Motion von Oskar Freysinger (SVP/VS) „Runter mit den Masken“ für ein Vermummungsverbot, die Motion von Sylvia Flückiger (SVP/AG) gegen missbräuchliche Ferienreisen von vorläufig Aufgenommenen und eine Motion der SVP-Fraktion zur Kopplung der Entwicklungshilfe an kooperatives Verhalten im Asyl- und Ausländerbereich angenommen worden. Der Nationalrat hat im Rüstungsprogramm 2011 die letzte Differenz ausgeräumt. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dem Ausstieg aus der Atomenergie zugestimmt. Weiter hat er unter anderem Motionen aus dem Nationalrat angenommen, welche die finanzielle Obergrenze bei der KEV aufheben und die Wasserkraft ausbauen wollen. Die Armee darf künftig über 100'000 Angehörige verfügen und 5 Mrd. CHF kosten. Damit sollen auch neue Kampfflugzeuge finanziert werden. Darauf haben sich National- und Ständerat geeinigt. National- und Ständerat haben den Gegenvorschlag zur Lotterie-Initiative in der Schlussabstimmung gutgeheissen. Die Initiative wird dem Volk zur Ablehnung empfohlen. Die beiden Bauspar-Initiativen kommen ohne Abstimmungsempfehlung des Parlaments vors Volk. Der Ständerat

hat das neue Hochschulförderungsgesetz unter Dach gebracht, das den Bildungsartikel umsetzt. In den Schlussabstimmungen sind unter anderem die „Too big to fail“-Vorlage, die Teilrevision des KVG (Managed Care), sowie das Bundesgesetz über Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke verabschiedet worden. Am Schluss sind die 38 National- und 12 Ständeräte verabschiedet worden, die am 23. Oktober 2011 nicht mehr zur Wiederwahl antreten. Von der SVP sind dies die Nationalräte Alexander J. Baumann, Peter Föhn, Walter Glur, Josef Kunz, Theophil Pfister, Hans Rutschmann, Simon Schenk und die Ständeräte Christoffel Brändli und Hermann Bürgi.

OKTOBER

Delegiertenversammlung in Gossau (SG) vom 1. Oktober 2011

Jetzt ist genug: Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen!

Die SVP hat im August 2007 die Ausschaffungsinitiative lanciert, die am 28. November 2010 von Volk und Ständen angenommen wurde. Der von den anderen Parteien getragene Gegenvorschlag wurde von allen Ständen und vom Volk klar abgelehnt. Bundesrätin Sommaruga hat in der Folge mit der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative nie die Absicht verfolgt, diese Initiative gemäss dem Volkswillen umzusetzen. Sie wollte Wege und Hintertüren finden, um die heutige lasche Ausschaffungspraxis fortzuführen. Bei Gewalttaten darf es keine Toleranz geben. Kriminelle Ausländer sind konsequent zu bestrafen und nach Verbüsung ihrer Strafe auszuschaffen. Deshalb wurden anlässlich der Delegiertenversammlung in Gossau der Grundsatz und die Eckpunkte einer neuen Volksinitiative zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative beschlossen.

Pressekonferenz vom 7. Oktober 2011

Legislaturbilanz: SVP hat Vertrag mit dem Volk eingehalten

Die SVP hat Bilanz zur Legislatur 2007-2011 gezogen. Sie hat ein umfassendes Bilanz-Papier über die Erfolge und Misserfolge erstellt. Die SVP hat als einzige Partei konsequent gegen höhere Steuern, Abgaben und Gebühren gekämpft und verschiedene Vorstösse für Steuersenkungen gemacht (Mehrwertsteuer, Autoimportsteuer, LSVA, CO₂-Abgabe). Die SVP hat Auslandseinsätze der Schweizer Armee erfolgreich bekämpft. Dank der SVP-Ausschaffungsinitiative wurde die Basis für die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer gelegt. In der kommenden Legislatur wird das Volk dank der SVP über die Rückgewinnung der Handlungsfähigkeit im Bereich der Zuwanderung, über einen Ausbau der Volksrechte (Volkswahl des Bundesrates) und über Steuerabzüge für Familien, die ihre Kinder selber betreuen, befinden können.

Bilanz

Legislatur 2008 – 2011

Das hat die **SVP** der Schweizer Bevölkerung vor den Wahlen 2007 versprochen:

Wir wollen für alle die Steuern senken.
Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten.
Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen.



Resultat

Steuern:

- Die anderen Parteien haben gegen den Willen der SVP dafür gesorgt, dass alleine auf Anfang 2011 die Steuern, Gebühren und Abgaben um 4 Mrd. Franken angewachsen sind.
- Die SVP hat als einzige Partei konsequent gegen höhere Steuern, Abgaben und Gebühren gekämpft und verschiedene Vorstösse für Steuersenkungen gemacht (Mehrwertsteuer, Autoimportsteuer, LSVA, CO2-Abgabe).
- Die SVP hat entscheidend mitgeholfen, dass die Steuern für Familien und Unternehmen in verschiedenen Bereichen gesenkt werden konnten. In der kommenden Legislatur können die Stimmbürger dank der SVP darüber entscheiden, ob auch Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, steuerlich entlastet werden.

EU-Beitritt:

- Dank der SVP und der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Zu unserem Vorteil: Unsere Volksrechte bleiben erhalten, und die Mehrwertsteuer steigt nicht auf 15 Prozent oder mehr.
- Die SVP lehnt ein Freihandelsabkommen für die Landwirtschaft mit der EU sowie weitere Konzessionen der Landwirtschaft im Rahmen der WTO ab. Denn sonst würde unsere Landwirtschaft noch mehr zerstört. Dank des Drucks der SVP hat das Parlament von einem Freihandelsabkommen mit der EU Abstand genommen. Das stärkt unsere Landwirtschaft.

Kriminelle Ausländer:

- Mit der Zustimmung zur Ausschaffungsinitiative durch Volk und Stände haben die Schweizer klar gemacht, dass kriminelle Ausländer in Zukunft konsequent ausgewiesen werden müssen. Der Bundesrat verweigert die Umsetzung dieses Anliegens. Die SVP hat deshalb beschlossen, eine neue Umsetzungs-Ausschaffungsinitiative zu lancieren. Sie alle können diese Volksinitiative ab Januar 2012 unterschreiben.
- Die SVP bekämpft konsequent den Asyl- und Sozialmissbrauch. Ebenso hat die SVP die Missbräuche bei der Invalidenversicherung, dem Strafrecht und dem Strafvollzug angeprangert. Die Politik wird so zur Bekämpfung der Missbräuche gezwungen, damit die Sozialwerke überleben können.
- Die SVP verlangt: Personen, die in unserem Land leben, müssen die geltenden Gesetze befolgen und unsere christlich-abendländischen Traditionen und Wertvorstellungen respektieren und beachten. Ebenso bekämpft die SVP Parallelgesellschaften von ausländischen Gruppierungen. Dank der SVP können Scheinehen wirkungsvoller verhindert werden.

Weitere Erfolge für unsere Bevölkerung:

- Bildung: Die SVP hat verhindert, dass das HarmoS-Konkordat in der ganzen Schweiz umgesetzt wird. Das Resultat: In vielen Kantonen werden die Kinder nicht mit 4 Jahren zwangseingeschult. Die Eltern werden in der Erziehung nicht entmündigt.
- Volksrechte: Die SVP lehnt die Aushebelung unserer bewährten Volksrechte durch internationales „Völkerrecht“ ab. Dank der Unterstützung der SVP wird das Volk über eine Volksinitiative abstimmen können, nach welcher Verträge mit anderen Staaten zwingend einer Volksabstimmung bedürfen. Zudem ermöglicht die SVP-Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates, dass die Bürgerinnen und Bürger entscheiden können, ob sie in Zukunft die Landesregierung selber wählen wollen und damit ihre Rechte ausbauen.
- Dank der am 1. August 2011 lancierten Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung wird das Volk in der nächsten Legislatur darüber entscheiden können, ob die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern soll und wieder selbst bestimmt, wer für wie lange in unser Land kommt.

Aber: Die Arbeit ist noch nicht getan.

**Helfen Sie mit:
Wählen Sie SVP.
Denn SVP wählen heisst:
Die Schweiz stärken!**

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?
Rufen Sie die Gratis-Wahlhotline an:
Telefon 0800 002 444

Schweizerische Volkspartei SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch



In den letzten zwei Wochen vor dem 23. Oktober nimmt die SVP das Thema der bevorstehenden **europapolitischen Klausur des Bundesrates** auf und zeigt in einer nationalen Inserate-Kampagne auf, dass die EU nach den Wahlen den Druck auf die Schweiz erhöhen wird:

Geheimplan gegen die Schweiz!

JETZT AN DIE URNE!
möglich bis am 23. Okt. (Wahlsonntag)
mittags in Ihrer Wohngemeinde,
Öffnungszeiten siehe Wahlcouvert

Eben noch wollten der Bundesrat und die andern Parteien automatisch EU-Gesetze übernehmen und sich fremden Richtern unterwerfen. Vor den Wahlen schweigen plötzlich alle. Sie wollen das Volk über ihre wahren Absichten hinteres Licht führen und so die baldige Integration in die marode EU vertuschen. Doch nur drei Tage nach den Wahlen, am 26. Oktober 2011, trifft sich der Bundesrat zu einer «Europaklausur». Eine Anbindung der Schweiz an Europa bedeutet:

- zwingende Übernahme von EU-Recht
- fremde Richter bestimmen über uns
- die Kantone sind nicht mehr frei in der Bestimmung der Steuern
- der Schweizer Franken wird für alle Zeiten an den Euro gebunden
- der Schweizer Steuerzahler bezahlt für die EU-Milliarden-Schulden

Wer die Schweiz nicht an die EU verkaufen will, wählt SVP

Deshalb am 23. Oktober:
Schweizer wählen SVP!

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei der Mitte/Rechts
SVP Schweiz, PC 10 8620 5, www.svp.ch

23. Oktober 2011: Nationale Wahlen

Die SVP hat nach dem definitiven Endergebnis bei den Nationalratswahlen einen Rückgang des Wähleranteils von 28,9% auf 26,6% zu verzeichnen (-2,3%). Die SP liegt noch bei 18,7% (-0,8%), die FDP bei 15,1% (-2,6%), die CVP bei noch 12,3% (-2,2%), die Grünen bei 8,4% (-1,2%), GLP und BDP bei je 5,4% (+4,0% bzw. +5,4%). Von den insgesamt acht Sitzverlusten der SVP gegenüber 2007 sind vier Verluste bereits zu Beginn der vergangenen Legislatur durch die Abspaltung der BDP erfolgt. Gegenüber dem Status quo verliert die SVP also vier Sitze. Die SVP hätte durch konsequente Listenverbindungen mit der FDP, die von der FDP abgelehnt worden waren, vier zusätzliche Sitze gemacht (BE, SG, GR, VS). Noch immer ist die SVP damit klar wählerstärkste Partei sowie grösste Fraktion im Bundesparlament. Das Wahlziel von 30% wurde jedoch deutlich verpasst.

Die Schweizerinnen und Schweizer haben die SVP trotz Verlusten an Sitzen und Wähleranteilen erneut zur stärksten Partei des Landes gemacht. Und dies, obwohl alle anderen Parteien, die Medien und die Behörden die SVP in den letzten vier Jahren mit allen Mitteln bekämpft haben. Die Schwächung der Partei, die zur Schweiz steht, ist damit nicht gelungen. Die SVP wird in der kommenden Legislatur alles daran setzen, um den Vertrag mit dem Volk durchzusetzen. Mit dem Wahlergebnis ist auch die Ausgangslage bezüglich der Gesamterneuerungswahlen für den Bundesrat geklärt. Die SVP hat gemäss Konkordanz klar Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung.

2. Wahlgang Ständeratswahlen

13. November 2011: Kanton Waadt

Im Kanton Waadt wurde Guy Parmelin von Géraldine Savary (SP) mit 78'263 Stimmen und Luc Recordon (Grüne) mit 71'686 Stimmen deutlich überflügelt. Auch Isabelle Moret (FDP) zog mit 62'369 Stimmen an Guy Parmelin mit 58'687 Stimmen vorbei.

20. November 2011: Kanton Bern

Hans Stöckli hat Adrian Amstutz aus dem Ständerat verdrängt. Wiedergewählt ist der bisherige Ständerat Werner Luginbühl von der BDP.

27. November 2011: St. Gallen, Zürich, Aargau, Schwyz und Uri

Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner setzt sich in St. Gallen hauchdünn (54'616 Stimmen) vor SVP-Präsident Toni Brunner (53'308 Stimmen) durch.

Im Kanton Zürich wurden Felix Gutzwiller (FDP) mit 239'005 Stimmen und Verena Diener (GLP) mit 214'436 Stimmen in den Ständerat gewählt. Christoph Blocher erzielte 123'939 Stimmen.

Christine Egerszegi (FDP) verteidigt ihren Sitz im Ständerat im Kanton Aargau mit 91'973 Stimmen gegen Ulrich Giezendanner (51'135 Stimmen).

Peter Föhn zieht für die SVP im Kanton Schwyz mit 15'899 Stimmen in die kleine Kammer ein. CVP-Ständerat Bruno Frick wurde nach 20 Jahren im Stöckli abgewählt (14'833 Stimmen). Nun stellt die SVP beide Schwyzer Ständeräte.

Der bisherige Urner Ständerat Markus Stadler konnte sich im zweiten Wahlgang mit (6'945 Stimmen) gegen den Herausforderer der SVP Gusti Planzer (5'049 Stimmen) durchsetzen.

25. November 2011: Fraktionsgemeinschaft

Die SVP-Fraktion hat einstimmig beschlossen, die langjährige Fraktionsgemeinschaft mit der Lega dei Ticinesi fortzusetzen. Lorenzo Quadri und Roberta Pantani sind somit Mitglieder der SVP-Fraktion.



Lorenzo Quadri



Roberta Pantani

29. November 2011: Thomas Minder

Der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder politisiert künftig in der SVP-Fraktion.



Thomas Minder

DEZEMBER

Wintersession 2011 (5. Dezember – 23. Dezember 2011)

Am **ersten Sessionstag** wurde der Thurgauer SVP-Nationalrat Hansjörg Walter mit einem Glanzresultat zum Nationalratspräsidenten gewählt. Ständeratspräsident wird der Ausserrhoder FDP-Ständerat Hans Altherr. Hannes Germann (SVP/SH) wird zum zweiten Vizepräsidenten des Ständerates gewählt. Die Mitglieder des Nationalrats sowie die meisten neuen Ständeräte haben als erste Amtshandlung den Eid abgelegt. Erst im Verlaufe der Session im Ständerat Einsitz nehmen können Christine Egerszegi (FDP/AG), Peter Föhn (SVP/SZ), Pirmin Bischof (CVP/SO) und Paul Rechsteiner (SP/SG). Am Dienstag der **ersten Sessionswoche** hat der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit befürwortet. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Der Ständerat hat einer Motion zugestimmt, die den Bundesrat auffordert, seine Vorschläge zur Verschärfung der flankierenden Massnahmen bis Ende Februar 2012 dem Parlament vorzulegen. Der Nationalrat hat Mittwoch erneut Nein zu einer Bonussteuer im indirekten Gegenvorschlag zur Abzockerinitiative gesagt. Damit ist diese Vorlage vom Tisch. Einstimmig hat der Ständerat am Mittwoch das Budget 2012 sowie einen Nachtragskredit 2011 verabschiedet. Der Ständerat ist mit 20:19 Stimmen im Sinne der SVP nicht auf das Präventionsgesetz eingetreten, das zurück an den Nationalrat geht.

In der **zweiten Sessionswoche** hat sich der Nationalrat im neuen Gegenentwurf zur Volksinitiative „Jugend + Musik“ nach dem Ständerat ebenfalls für den Gegenentwurf ausgesprochen. Trotzdem will er aber die Initiative weiterhin zur Annahme empfehlen; bei der Stichfrage empfiehlt er dem Volk den Gegenvorschlag. Der Ständerat hat die Revision des Asylgesetzes gutgeheissen. Die Verschärfungsanträge der SVP wurden alle abgelehnt. Weiter hat der Ständerat einer Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA zugestimmt, wonach die Schweiz den USA in Fällen von Steuerhinterziehung auch dann Amtshilfe leistet, wenn sich die Anfrage auf eine Gruppe von Personen bezieht und diese nicht über Namen oder Kontonummern, sondern über Verhaltensmuster identifiziert werden. Der Nationalrat ist bei der AUNS-Initiative „Staatsverträge vors Volk“ dem Ständerat gefolgt. Damit kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Der Bundesrat

soll ein Integrationsrahmengesetz oder eine entsprechende Revision des Ausländergesetzes ausarbeiten. Der Nationalrat hat seine vom Ständerat abgeänderte Motion gutgeheissen. Der Ständerat will trotz Energiewende an den Klimazielen festhalten und hat einen Antrag abgelehnt, der die Revision des CO₂-Gesetzes versenken wollte. Stillschweigend beschloss er jedoch, dem Nationalrat zu folgen und die CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel fallenzulassen.

In der **dritten Sessionswoche** hat der Ständerat einer Änderung des IV-Rentensystems zugestimmt: Das heutige vierstufige Rentensystem soll durch ein stufenloses abgelöst werden. Der Nationalrat hat am Dienstag mehrere Verschärfungen für Raser in der Via Sicura Vorlage gutgeheissen. Weiter hat der Nationalrat einem Vorstoss aus dem Ständerat zugestimmt, der eine Vorprüfung von Volksinitiativen vor Beginn der Unterschriftensammlung fordert. Ebenfalls Ja sagte der Nationalrat zu einer Motion zur Erweiterung des Kataloges der Gründe, aus denen eine Initiative für ungültig erklärt werden kann. Die Bundesversammlung hat Yves Rüedi (SVP) als nebenamtlichen Bundesrichter gewählt. Ins Bundesverwaltungsgericht wurde Marie-Chantal May Canellas (CVP) gewählt. Die Mitglieder des Militärkassationsgerichts wurden für die neue Amtsperiode bestätigt. Der Nationalrat hat zum zweiten Mal mit Unterstützung der SVP entschieden, die Vorlage zum Mehrwertsteuer-Einheitssatz zurückzuweisen, womit diese vom Tisch ist. Am Donnerstag hat sich der Nationalrat im Sinne der SVP gegen die Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“ der Lungenliga ausgesprochen. Die eidgenössischen Räte haben das Budget 2012 unter Dach gebracht. Der Voranschlag sieht nun wie vom Bundesrat vorgeschlagen Einnahmen und Ausgaben von je rund 64,1 Mrd. CHF vor. Der Ständerat will die Entschädigungen der Ratsmitglieder entgegen dem Willen der SVP der Teuerung der letzten Jahre anpassen. In den Schlussabstimmungen verabschiedeten die Räte unter anderem das Gesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), eine Revision des CO₂-Gesetzes, mit der die Schweiz die Klimapolitik bis 2020 festlegt sowie eine Ergänzung von neun Doppelbesteuerungsabkommen, mit der präzisiert wird, dass die Schweiz in Steuerfragen auch dann Amtshilfe leistet, wenn die gesuchstellenden Länder den Namen des mutmasslichen Steuersünder nicht angeben.

9. Dezember: Zentralvorstandssitzung in Yverdon (VD)

Der Zentralvorstand empfiehlt die am 11. März 2012 zur Abstimmung kommende Volksinitiative „Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)“ einstimmig zur Annahme. Im Weiteren hat der Zentralvorstand einen Rückblick und eine erste, kritische Diskussion zu den zurückliegenden Eidgenössischen Wahlen geführt.

10. Dezember: Delegiertenversammlung in Chamblon (VD)

Bundesratswahlen und die Schweiz vor der Krise

Das 1959 eingeführte Konkordanzsystem mit der sogenannten „Zauberformel“, nach der die drei wählerstärksten Parteien je zwei Sitze im Bundesrat haben und die viertstärkste Partei einen Sitz, ist noch immer der beste Garant für langfristige politische Stabilität. Dieses System gewährleistet die vollwertige Einbindung der wichtigsten politischen Kräfte in den politischen Entscheidungsprozess und die Verantwortung. Gerade vor dem Hintergrund der grossen Herausforderungen der kommenden Jahre in wirtschafts-, sozial- und aussenpolitischen Fragen ist es von zentraler Bedeutung, die relevanten Kräfte in diesem Land voll in die Regierungsverant-

wortung einzubinden. Die Delegierten erhalten die Möglichkeit, ein Manifest zur Bedeutung der Bundesratswahlen in Krisenzeiten zu verabschieden. Die SVP wird sich am 14. Dezember 2011 für die Wiederherstellung der bewährten Konkordanz einsetzen und fordert auch die anderen grossen Parteien auf, keine Machtspiele zu treiben, sondern verantwortlich und zum Wohle des Landes zu handeln.

14. Dezember 2011: Gesamterneuerungswahlen des Bundesrats

Die SVP tritt mit dem bisherigen Bundesrat Ueli Maurer und den zwei Kandidaten Nationalratspräsident Hansjörg Walter und Nationalrat Jean-François Rime zu den Gesamterneuerungswahlen an. Die Zielsetzung ist klar: Wiederherstellung der Konkordanz, d.h. 2 Sitze für die SVP, 2 Sitze für die SP, 2 Sitze für die FDP und 1 Sitz für die CVP. Das Parlament bricht jedoch mit der Konkordanz und bestätigt Bundesrat Ueli Maurer als einzigen SVP-Bundesrat.

2. SVP-Frauen Schweiz

Jahresbericht 2011 der SVP Frauen Schweiz

Im Fokus des Jahres 2011 standen die nationalen Wahlen vom 23. Oktober. Mit einem klaren Konzept sind die Frauen ins Wahljahr gestartet. Dieses Konzept war von der Parteileitung genehmigt und finanziell unterstützt. So fanden zehn kantonale breit publizierte Frauenwahlen und sieben kantonale Strassenaktionen statt. Das Wahlergebnis aus Frauensicht ist erfreulich: Vier der bisher fünf Nationalrätinnen wurden erfolgreich wiedergewählt und in den Kantonen Bern wurde eine zweite Frau und in Genf erstmals eine Nationalrätin in den Rat gewählt. Die Frauenquote in der Bundeshausfraktion konnte kontinuierlich gesteigert werden auf neu 11 % gegenüber 8% in der letzten Legislatur und nur 5% im Jahr 2003.

Die Delegierten der SVP Frauen trafen sich an drei Plenarversammlungen. Im Mai wurde im Rathaus in Schwyz mit drei Referaten das schweizerische Asylwesen dargestellt und dringend notwendige Gesetzesänderungen diskutiert. Als Wahlauftritt der Frauen fand im Juni die Plenarversammlung im Bundeshaus statt. Alle zu diesem Zeitpunkt bereits nominierten Nationalratskandidatinnen, die amtierenden Nationalrätinnen sowie der Partei- und der Fraktionspräsident nahmen nebst den Delegierten daran teil. Verabschiedet wurde zudem eine Resolution betreffend Zuwanderung. Die Plenarversammlung am Mittag vor Beginn der neuen Legislatur im Dezember war dem Rückblick auf die Nationalen Wahlen gewidmet. Als Dank an alle, die die Wahlen aktiv unterstützt haben, aber auch zur Feier unserer neu und wieder gewählten Nationalrätinnen wurde die Versammlung mit einem gemeinsamen Fondue-Essen abgeschlossen.

Der Vorstand der SVP Frauen traf sich zu sechs Arbeitssitzungen.

Die von der Präsidentin organisierte Studienreise zur UNO nach New York vom 29. November bis 4. Dezember war ein Erfolg. 34 von über 70 Interessenten konnten an der Reise teilnehmen und verbrachten fünf intensive und informative Tage in New York.

3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr **34 Fraktionsvorstösse, 25 Parlamentarische Initiativen, 85 Motionen, 16 Postulate, 116 Interpellationen und 20 Einfache Anfragen** eingereicht worden. Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2011 hat die SVP an **52 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand
- Teilrevision des Obligationenrechts
- Änderung von Artikel 8 des Energiegesetzes
- Genehmigung des Übereinkommens des Europarates über die Landschaft
- Allen Schweizern auch weiterhin den Bezug einer herkömmlichen, nicht-biometrischen ID zusichern
- Änderung des Börsengesetzes; Einladung zur Anhörung betreffend Art. 32 Abs. 4 BEHG
- Ratifikation des Übereinkommens vom 30. Mai 2008 über Streumunition
- Strukturreform in der beruflichen Vorsorge – Verordnungsänderungen und neue Verordnung
- Masterplan Cleantech Schweiz
- Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes
- Erhalt des Viehexportes aus der Schweiz (Parlamentarische Initiative 09.510n)
- 07.419 Parlamentarische Initiative. Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik.
- 09.499 Pa.Iv. UREK-NR. Agrotreibstoffe. Indirekte Auswirkungen berücksichtigen
- Änderung des Bankengesetzes (too big to fail, TBTF)
- Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV)
- Revision der Energieverordnung (EnV): Überarbeitung der Energieetikette für Personenwagen
- Erlass eines Steueramtshilfegesetzes
- Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
- Revision der Energieverordnung (EnV)

- Entwurf des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung (KVAG)
- Anhörung zu den neuen Verordnungen betreffend Verkehrsregeln und Signalisation
- 05.445 Parlamentarische Initiative. Verfassungsgerichtsbarkeit
- 09.462 Parlamentarische Initiative. Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops
- 04.439 Parlamentarische Initiative. Betäubungsmittelgesetz. Revision (Ordnungsbussenverfahren)
- Änderung der Bundesverfassung, des Strafgesetzbuches, des Militär- und des Jugendstrafgesetzes
- Standesinitiative St. Gallen Bauen ausserhalb der Bauzone
- Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin"
- Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen
- Revision der Energieverordnung (EnV): Gerätevorschriften und Inverkehrbringen
- Vorlage Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)
- Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes
- Anhörungsverfahren: Bericht über die Änderung des Asylgesetzes
- Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung
- Ratifikation des IAO-Übereinkommens Nr. 183 über den Mutterschutz
- 08.458 Parlamentarische Initiative. Anwendungsbereich der Bestimmungen über die verdeckte Ermittlung
- Änderung von Art. 119 der Bundesverfassung sowie des Fortpflanzungsmedizingesetzes (Präimplantationsdiagnostik)
- Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG)
- Verordnung über die Verminderung der CO₂-Emissionen von Personenwagen
- Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG)
- Änderung von Art. 119 der Bundesverfassung sowie des Fortpflanzungsmedizingesetzes
- Änderung des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG): Vernehmlassungsverfahren

- Teilkartellverbot mit Rechtfertigungsmöglichkeit: Anpassung von Artikel 5 Kartellgesetz
- Teilrevision des Transplantationsgesetzes (TxG)
- Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung des Eidgenössischen Instituts für die Meteorologie und Klimatologie (MetG)
- Revision des Medizinalberufegesetzes (MedBG)
- Bundesgesetz über die internationale Quellenbesteuerung (IQG)
- Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention)
- Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts)
- Lanzarote-Konvention
- Strategie Biodiversität Schweiz
- Neues Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier
- Bundesgesetz über die Anpassung der flankierenden Massnahmen zur Personalfreizügigkeit

5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2011 hat die SVP folgende **Positionspapiere** veröffentlicht:

- Parteiprogramm 2011-2015 (Januar)
- Kurzargumentarium Bilanz Ständerat 48. Legislatur (April)
- Wahlplattform 2011-2015 (Mai)
- Argumentarium Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ (Juli)
- Ein Revitalisierungsprogramm zugunsten von Wirtschaft und Bürgern (August)
- Schluss mit Missbräuchen und Chaos im Asylwesen (September)
- Grundsatzpapier: Islam und Rechtsstaat (von Nationalrat Oskar Freysinger - September 2011)
- Legislaturbilanz (Oktober)

6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2011 haben SVP, SVP-Frauen, SVP-Senioren und die SVP International insgesamt **156 Pressecommuniqués** (Vorjahr 141) veröffentlicht. Es ist ein wöchentliches Editorial zu einem aktuellen Thema in Form eines elektronischen Newsletters publiziert worden. Die **Parteizeitschrift „Klartext“** und die **französische Version „Franc-parler“** sind monatlich erschienen. Die Auflage hat Ende 2011 gegen 60'000 Exemplare in Deutsch und 10'000 in Französisch tendiert.

Im Jahr 2011 hat die SVP 11 **Medienkonferenzen** durchgeführt:

16. Januar 2011	Nationalrat Thomas Müller tritt der SVP bei
21. Februar 2011	Für eine produzierende Landwirtschaft
7. April 2011	Ständeratswahlen sind Richtungswahlen
19. Mai 2011	Volksrechte und Rechtsstaat in Gefahr
23. Mai 2011	Zuwanderung begrenzen - mit der Zuwanderungsinitiative der SVP
8. Juli 2011	SVP setzt Ausschaffungsartikel in der Bundesverfassung durch
14. Juli 2011	SVP für die Wahlen in 101 Tagen gerüstet
25. Juli 2011	SVP lanciert Volksinitiative gegen Masseneinwanderung
23. August 2011	SVP fordert Revitalisierungsprogramm zugunsten von Wirtschaft und Bürgern – Subventionspaket für einzelne Unternehmen wird abgelehnt
26. September 2011	Chaos im Asylwesen – jetzt handeln!
7. Oktober 2011	Legislaturbilanz: SVP hat Vertrag mit dem Volk eingehalten

7. Internet

Für die nationalen Wahlen vom 23. Oktober 2011 wurde die SVP Wahl-Homepage am 1. Juli 2011 lanciert. Dort sind alle National- und Ständeratskandidaten sowie nun die neu gewählte Fraktion mit einem Profil registriert und den Usern ist es so möglich, sich über deren Person zu informieren. Diese können auch selber ein Profil erstellen, Leserbriefe und Kommentare verfassen sowie Veranstaltungen eintragen und Personen suchen, die bereit sind, an diesem Anlass mitzuarbeiten. Auf der Homepage ist es ebenfalls möglich, Leserbriefe zu erstellen und direkt an die jeweilige Redaktion zu versenden. Die Homepage bleibt nach den Wahlen weiter bestehen.

2011 produziert die SVP **31 Internet-TV-Beiträge** in deutscher Sprache, **19** in französischer Sprache und **2** in italienischer Sprache. Sie verzeichnen insgesamt **384'886 (d)**, **99'077 (f)** bzw. **4697 (i) Besucher**

Die SVP betreibt die **Facebook-Gruppe** Schweizerische Volkspartei SVP * Union Démocratique du Centre UDC und kommuniziert regelmässig über Aktualitäten. Bis zum 31.12.2011 treten unserer Gruppe **2'401 Mitglieder** (418 Mitglieder mehr als im Vorjahr) bei.

Bis zum 31.12.2011 werden **630'865 Besuche auf svp.ch** (559'015 im Vorjahr) registriert (das sind durchschnittlich **1'728 Besuche pro Tag** (1'531 im Vorjahr)). Die Frontseite ist die meistbesuchte Seite (538'246 Seitenaufrufe) gefolgt von der Seite über die Wahlen, der Anmeldemaske für eine Mitgliedschaft, der Seite mit der Übersicht der Kantonalparteien und der Seite mit den Parolen. In den Top Ten finden sich auch der Shop und die Seite über die Volksinitiativen (je zwischen 24'600 und 21'300 Seitenaufrufe).

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus **761** Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2011 haben 5 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung in Emmenbrücke (LU) vom 15. Januar 2011
Freiheit und Eigenverantwortung

Delegiertenversammlung in Lugano (TI) vom 26. März
**Wie der Bundesrat und die anderen Parteien die Schweiz in die EU treiben
– darum wählen Schweizer SVP**

Delegiertenversammlung in Einsiedeln (SZ) vom 28. Mai
Die Zuwanderung in die Schweiz ist zu begrenzen!

Delegiertenversammlung in Gossau (SG) vom 1. Oktober
Jetzt ist genug: Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen!

Delegiertenversammlung in Chamblon (VD) vom 10. Dezember
Bundesratswahlen und die Schweiz vor der Krise

2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 115 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1:

(Stand: 31.12.2011)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Adrian Amstutz (BE)
	NR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Nadja Pieren (BE)
	NR Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader (BL)
Generalsekretär	Martin Baltisser (BE)
Präsidentin SVP Frauen	Rita Gygax (BE)
Präsident SVP Senioren	NR Theophil Pfister (SG)
Präsident SVP International	Rolf B. Schudel
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Lüpold
	AI Emil Mock
	AR Edgar Bischof
	BE NR Rudolf Joder
	BL Dieter Spiess
	BS Sebastian Frehner
	FR Gilberte Demont
	GE Céline Amaudruz
	GL Peter Rothlin
	GR Jon Peider Lemm
	JU Romain Schaer
	LU NR Josef Kunz
	NE NR Yvan Perrin
	NW ChristoPosph Keller
	OW Albert Sigrist
	SG Thomas Zünd
	SH Werner Bolli
	SO Heinz Müller

	SZ	Judith Uebersax
	TG	Walter Marty
	TI	NR Pierre Rusconi
	UR	Gusti Planzer
	VD	Fabrice Moscheni
	VS	Oskar Freysinger (UVS)
	VS	Franz Ruppen (OVS)
	ZG	Manuel Brandenburg
	ZH	NR Alfred Heer
	JSVP	Erich J. Hess

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	- Roger Fricker - a. NR Lieni Füglistaller - Pascal Furer - Andreas Glarner
AI	- Martin Ebnetter
AR	- Werner Rechsteiner
BE	- Andrea Pieren - Jolanda Brunner - Alike M. Panayides - Jean-Blaise Defago - Michael Waber - NR Albert Rösti
BL	- NR Thomas de Courten - Ruth Singer
BS	- Felix Meier - Andreas Ungricht
FR	- Roland Mesot - Jean-Luc Rimaz
GE	- Eric Bertinat - a. NR Jacques Pagan
GL	- Marc Ziltener
GR	- Claudio Scandella - Jan Koch
JU	- Didier Spies
LU	- Urs Meyer - Guido Müller
NE	- Raymond Clottu - Walter Willener
NW	- Christoph Keller
OW	- Susann Schmid
SG	- Roland Büchel

	- Dominique Roland Lambert - August Wehrli
SH	- SR Hannes Germann
SO	- Beat Ehram - NR Walter Wobmann
SZ	- Olivier Kessler - NR Pirmin Schwander
TG	- Marcel Schenker - NR Hansjörg Walter
TI	- Eros Mellini
UR	- Paul Dubacher
VD	- Nathalie Falcone - Claude-Alain Voiblet - Philipp Stauber
VS	- Fredy Ursprung (Oberwallis) - Bruno Perroud - Jean-Luc Addor
ZG	- Vreni Althaus - Heinz Tännler
ZH	- Josephine Bianda - NR Max Binder - NR Toni Bortoluzzi - Gregor A. Rutz - a. NR Ernst Schibli - Yves Gadiant - Jacqueline Hofer - Theres Weber
JSVP	- Bernhard Zahner - Stefanie Fritschi
SVP International	- Peter S. Kaul

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

BE	- a. NR Thomas Fuchs
GL	- SR This Jenny
GR	- Reto Rauch
NW	- Michèle Blöchlinger
AG	- NR Sylvia Flückiger
SH	- NR Thomas Hurter
SZ	- Monika Moser-Lienert
TI	- Roberta Soldati
VD	- Gérald Nicod
ZG	- Marcel Scherer
ZH	- NR Christoph Mörgeli - NR Hans Fehr - a. NR Ulrich Schlüer - NR Bruno Zuppiger

3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung von deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2011)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Adrian Amstutz (BE)
	NR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Nadja Pieren (BE)
	NR Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader (BL)
Generalsekretär	Martin Baltisser (BE)
Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	NR Alfred Heer (ZH)
	NR Rudolf Joder (BE)
	Thomas Lüpold (AG)
	Zünd Thomas (SG)
	NR Josef Kunz (LU)
	Fabrice Moscheni (VD)
Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Rita Gygax-Schwarz (BE)
Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Theophil Pfister (SG)
Präsident Junge SVP Schweiz	Erich J. Hess (BE)
Vertreterin der Romandie	Gilberte Demont (FR)
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini (TI)
Vertreter der romanischen Schweiz	Reto Rauch (GR)
Weitere Mitglieder	SR This Jenny (GL) NR Hans Fehr (ZH) NR Christoph Mörgeli (ZH) NR Pirmin Schwander (SZ) NR Hansjörg Walter (TG) NR Sylvia Flückiger (AG) Michèle Blöchliger (NW) NR Oskar Freysinger (VS)

4. Parteileitung

Die Parteileitung setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2011)

Funktion	
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Toni Brunner (SG)
Vizepräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Vizepräsident	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Vizepräsident	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)
Vizepräsident	Nationalrat Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	Nationalrat Caspar Baader (BL)

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2011)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Martin Baltisser, Bremgarten (BE)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretärin	Miriam Gurtner, Konolfingen (BE)
Kommunikation	Kevin Grangier, Freiburg (FR)
	Michèle Berger, Hünibach (BE)
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Miriam Gurtner, Konolfingen (BE)
	Kaspar Voellmy, Bern (BE)
	Daniel Eichenberger, Baar (ZG)
	Thomas Widmer, Biel (BE)
	Urs Winkler, Grindelwald (BE)
Koordinator UDC Romandie	Claude-Alain Voiblet, Lausanne (VD)
Fraktionsassistentin	Ariane Imobersteg, Steffisburg (BE)
Sekretariat	Susanne Reborá, Schliern (BE)
Assistentin d. Parteipräsidenten	Marcia Cerantola, Rosshäusern (BE)

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat

- **Ueli Maurer**, Vorsteher VBS, Hinwil (ZH);
gewählt am 14.12.2011; im Amt seit 1.1.2009

Mit 56 Nationalräten (54 SVP, 2 Lega) und 6 Ständeräten (5 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2011)

AG	Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Killer Hans, Untersiggenthal Knecht Hansjörg, Leibstadt Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick Stamm Luzi, Baden
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Geissbühler Andrea, Herrenschwanden Joder Rudolf, Belp Pieren Nadja, Burgdorf Rösti Albert, Uetendorf von Siebenthal Erich, Gstaad Wandfluh Hansruedi, Frutigen
BL	Baader Caspar, Gelterkinden De Courten Thomas, Rünenberg
BS	Sebastian Frehner, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Amaudruz Céline, Puplinge Nidegger Yves, Genf
GR	Brand Heinz, Klosters
LU	Estermann Yvette, Kriens Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Perrin Yvan, La Côte-aux-Fées
NW	Keller Peter, Hergiswil
SG	Brunner Toni, Ebnat-Kappel Büchel Roland, Oberriet Müller Thomas, Rorschach Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen

SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Schwander Pirmin, Lachen
TG	Hausammann Markus, Langrickenbach Spuhler Peter, Weiningen Walter Hansjörg, Wängi
TI	Rusconi Pierre, Sorengo
VD	Bugnon André, Saint-Prex Grin Jean-Pierre, Pomy Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Binder Max, Illnau Blocher Christoph, Herrliberg Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Egloff Hans, Aesch Fehr Hans, Eglisau Heer Alfred, Zürich Kaufmann Hans, Wettswil Mörgeli Christoph, Uerikon Rickli Natalie, Winterthur Stahl Jürg, Winterthur Zuppiger Bruno, Hinwil

Legati dei Ticinesi

TI	Pantani Roberta, Chiasso Quadri Lorenzo, Lugano
----	--

Ständeräte (Stand: 31.12.2011)

GL	Jenny This, Glarus
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon Föhn Peter, Muotathal
TG	Eberle Roland, Weinfelden

Parteilos

SH	Minder Thomas, Neuhausen
----	--------------------------

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2011

Volksabstimmung vom 13. Februar	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Volksinitiative „für den Schutz vor Waffengewalt “	NEIN	NEIN	NEIN	JA	43.7%	56.3%	5 1/2	15 5/2	abgelehnt

IV. BUNDESRATSWAHLEN

14. Dezember 2011: Die SVP trat mit dem bisherigen Bundesrat Ueli Maurer und den beiden Kandidaten Hansjörg Walter und Jean-François Rime zu den Bundesratswahlen an. Die SVP-Fraktion hat sich hinsichtlich der Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates vergeblich mit aller Kraft für die Wiederherstellung der Konkordanz, d.h. 2 Sitze für die SVP, 2 Sitze für die SP, 2 Sitze für die FDP und 1 Sitz für die CVP eingesetzt. Gerade im Hinblick auf die grossen Herausforderungen der kommenden Jahre in wirtschafts-, sozial- und aussenpolitischen Fragen, ist es von zentraler Bedeutung, dass die relevanten Kräfte im Land voll in die Regierung eingebunden sind. Am 14. Dezember haben die anderen Parteien allerdings die Konkordanz definitiv gebrochen.

V. DIE SVP BEI DEN EIDG. WAHLEN

Stand am 1. Dezember 2011

Eidgenössische Wahlen 2011: Mandatsverteilung und Wähleranteile

	Wahlen 2011 Sitze NR	Wahlen 2007 Sitze NR	Wahlen 2011 Wähleranteile	Wahlen 2007 Wähleranteile	Wahlen 2011 Sitze SR	Wahlen 2007 Sitze SR
Schweiz	54	62	26.56%	28.90%	5	7
Zürich	11	12	29.84%	33.92%		
Bern	8	10	28.99%	33.58%		1
Luzern	2	3	25.10%	25.27%		
Uri	*	*	*	*		*
Schwyz	1	2	37.98%	44.95%	2	1
Obwalden	0	1	43.10%	32.94%	*	*
Nidwalden	1	*	45.23%		*	*
Glarus	*	0	*	35.10%	1	1
Zug	1	1	28.31%	29.09%		*
Freiburg	1	1	21.45%	22.03%		
Solothurn	2	2	24.33%	27.10%		*
Basel-Stadt	1	1	16.52%	18.46%		*
Basel-Landschaft	2	2	26.95%	28.54%		
Schaffhausen	1	1	39.86%	39.09%	1	1
Appenzell A. Rh.	0	*	30.50%	0.00%	*	*
Appenzell I. Rh.	*	*	*	*	*	*
St. Gallen	4	5	31.52%	35.80%		
Graubünden	1	2	24.49%	34.70%	*	1
Aargau	6	6	34.74%	36.19%		1
Thurgau	3	3	38.67%	42.35%	1	1
Tessin	1	0	9.71%	8.75%	*	
Waadt	4	5	22.94%	22.41%		
Wallis	1	1	19.68%	16.57%		
Neuenburg	1	1	21.39%	23.18%		
Genf	2	2	16.02%	21.06%	*	
Jura	0	1	15.46%	13.68%		

VI. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2011

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2009	31.9 %	45	140
AI	jährlich	*	*	49
AR	2011 (alle 3 Jahre)	*	10	65
BE	2010	26.6 %	44	160
BL	2011	24.0 %	24	90
BS	2008	13.9 %	14	100
FR	2011 (alle 5 Jahre)	18.6 %	21	110
GE	2009	8.6 %	9	100
GL	2010	26.3 %	17	60
GR	2010 (alle 3 Jahre)	*	4	120
JU	2010	6.4 %	4	60
LU	2011	22.3%	27	120
NE	2009	12.7 %	14	115
NW	2010	26.6 %	19	60
OW	2010	21.1 %	11	55
SH	2008	32.6%	19	60
SO	2009	19.4 %	18	100
SG	2008	30.5 %	41	120
SZ	2008	37.5%	41	100
TG	2008	36.4%	51	130
TI	2011	-	5	90
UR	2008	30.4%	18	64
VD	2007 (alle 5 Jahre)	15.6 %	26	150
VS	2009	11.5 %	12	130
ZG	2010	22.7 %	19	80
ZH	2011	29.6 %	54	180

* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

VII. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svpag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-baselland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-graubuenden.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svpso.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.schwyzer-svp.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ticino.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svp-uri.ch	sekretariat@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	bureau@udcval.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch